
Vorsitz: Montenegro**786. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 6. Mai 2015

Beginn: 10.05 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr
Schluss: 16.05 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin S. Milačić

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **SICHERHEITSDIALOG: KONVENTIONELLE RÜSTUNGSKONTROLLE UND VSBM**
 - *„Konventionelle Rüstungskontrolle und VSBM – aktueller Stand und Ausblick“, Vortrag von L. Zannier, Generalsekretär der OSZE*
 - *„Der Einsatz konventioneller Rüstungskontrollinstrumente und VSBM in der Krisenbewältigung“, Vortrag von W. Alberque, Leiter der Abteilung Rüstungskontrolle und Koordination, Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)*
 - *„Perspektiven der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa – der russische Ansatz“, Vortrag von W. Tschernow, Erster Berater, Abteilung Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle im russischen Außenministerium, Stellvertretender Delegationsleiter der Russischen Föderation bei den Wiener Verhandlungen über militärische Sicherheit und Rüstungskontrolle*

Vorsitz, Generalsekretär, W. Alberque (FSC.DEL/79/15 OSCE+)
(FSC.DEL/79/15/Add.1 OSCE+), Russische Föderation, Deutschland, Griechenland (FSC.DEL/78/15 Restr.), Lettland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; dem

Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/82/15), Schweiz (Anhang 1), Türkei, Belarus (FSC.DEL/84/15 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika, Aserbaidshan, Österreich, Vereinigtes Königreich (Anhang 2), Luxemburg, Armenien, Frankreich, Kanada, Ukraine (FSC.DEL/80/15)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in und um die Ukraine*: Ukraine (Anhang 3) (FSC.DEL/81/15), Lettland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/83/15), Polen, Russische Föderation, Heiliger Stuhl, Vereinigte Staaten von Amerika
- (b) *Einsatzvorbereitende Ausbildungskurse für die Sonderbeobachtermission in der Ukraine in Götzendorf (Österreich)*: Österreich
- (c) *Non-paper zur FSK-Unterstützung für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen (FSC.DEL/75/15 Restr.)*: Österreich, Vorsitz, Griechenland

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Treffen des Informellen SALW-Freundeskreises am 5. Mai 2015*: Vorsitzender des informellen SALW-Freundeskreises (Spanien)
- (b) *Hilfestellung für die Ukraine bei der Kampfmittelbeseitigung*: Vertreter des Konfliktverhütungszentrums
- (c) *Treffen des Informellen Freundeskreises zum Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit am 26. Mai 2015*: FSK-Koordinator für den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (Tschechische Republik)

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 13. Mai 2015, 10.00 Uhr im Neuen Saal

787. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 793, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SCHWEIZ**

Die Schweiz möchte dem montenegrinischen Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) dafür danken, dass er das Thema Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) auf die Tagesordnung gesetzt hat. Die OSZE ist eine Plattform, die ihre einzigartige strategische Bedeutung für die Erörterung politisch-militärischer Fragen im euro-atlantischen und im eurasischen Raum bewiesen hat.

Wie unsere Vorredner möchte auch unsere Delegation dem Generalsekretär der OSZE, Lamberto Zannier, William Albuquerque, dem Leiter der Abteilung Rüstungskontrolle und Koordination der Nordatlantikvertrags-Organisation und Doktor Wladislaw Tschernow, dem Ersten Berater der Abteilung Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle im russischen Außenministerium und Stellvertretenden Delegationsleiter der Russischen Föderation bei den Wiener Verhandlungen über militärische Sicherheit und Rüstungskontrolle für ihre Vorträge danken.

Die Schweiz ist besorgt über die zunehmende Tendenz zur konventionellen Aufrüstung im OSZE-Raum. Wir sind der Auffassung, dass die Nichteinhaltung bestimmter Grundprinzipien des Verhaltenskodex über politisch-militärische Aspekte der Sicherheit, der fehlende politische Wille zur friedlichen Konfliktbeilegung sowie das Fehlen eines gut funktionierenden politisch verbindlichen Vertrags über die konventionelle Rüstungskontrolle die Hauptfaktoren sind, die zur Verschlechterung der militärischen Stabilität im OSZE-Raum und letztlich zu einer konventionellen Wiederaufrüstung geführt haben. Wir meinen ferner, dass die Rüstungskontrollinstrumente für den gesamten Konfliktzyklus – Verhütung, Bewältigung, Übergang und Nachsorge – nützlich sind.

Frau Vorsitzende,

der politische Wille ist ausschlaggebend, um sicherzustellen, dass die Teilnehmer ihre Verpflichtungen vollständig umsetzen, und auch für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten. Das Wiener Dokument hat seinen Wert als politisches Instrument im Falle ungewöhnlicher militärischer Aktivitäten und seine Wirksamkeit als Frühwarninstrument unter Beweis gestellt. Auch wenn seine Modernisierung ein mühevoller Prozess ist, haben die Teilnehmerstaaten seine Umsetzung modernisiert, indem sie einige der im Dokument enthaltenen Verpflichtungen ganz neu ausgelegt haben. Die Krise in der und um die Ukraine

hat allerdings auch die Grenzen mancher der derzeit im Dokument enthaltenen Maßnahmen aufgezeigt.

Die Schweiz äußert auch Besorgnis darüber, dass es den Verhandlungen zur Modernisierung des Wiener Dokuments an Dynamik fehlt. Die Krise in der und um die Ukraine darf nicht dazu führen, dass die Erörterungen im Forum für Sicherheitskooperation belanglos werden – ganz im Gegenteil. Die Herausforderungen, mit denen uns diese Krise konfrontiert, sollten die Debatten über eine Verbesserung des Dokuments beleben. Das FSK wurde als Plattform für die Verhandlung, Erörterung und Überprüfung der Umsetzung der Verpflichtungen auf dem Gebiet der konventionellen Rüstungskontrolle geschaffen – und es wurde von den 57 Teilnehmerstaaten mit der Modernisierung des Wiener Dokuments beauftragt.

Die Schweiz spricht sich für eine breit angelegte Expertendiskussion über die Überarbeitung von Kapitel III aus, um die Fähigkeiten der OSZE, im Krisenfall tätig zu werden, zu verstärken. Wir halten auch eine Diskussion darüber für sinnvoll, wie nicht-staatliche Akteure und irreguläre bewaffnete Gruppen einbezogen werden können. Das nächste Seminar auf hoher Ebene zur Militärdoktrin könnte das geeignete Forum dafür sein.

Schließlich sind wir der Ansicht, dass die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen noch viel Potenzial bieten, das auf regionaler und subregionaler Ebene auszuschöpfen durchaus lohnenswert wäre. Übereinkünfte für eine regionale Stabilisierung, maßgeschneiderte vertrauensbildende Maßnahmen bis hin zu regionalen Rüstungskontrollregimen bieten echte Optionen für die Zukunft.

Frau Vorsitzende,

die Schweiz wird alle Bemühungen zur Wiederbelebung der Diskussionen über VSBM unterstützen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

787. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 793, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Frau Vorsitzende.

Ich danke dem Generalsekretär der OSZE, S.E. Lamberto Zannier, dem Leiter der Abteilung Rüstungskontrolle und Koordination der NATO, William Alberque, sowie Wladislaw Tschernow von der Russischen Föderation für ihre Vorträge und möchte darauf mit einer Erklärung als Vertreter meines Landes, zusätzlich zu jener der Europäischen Union, reagieren.

Frau Vorsitzende,

wir erleben gerade die schlimmste Krise der europäischen Sicherheit seit dem Ende des Kalten Krieges. In der und um die Ukraine unterminiert Russland nach wie vor das europäische Sicherheitsgefüge, um seinen eigenen, kurzsichtigen Interessen zu dienen.

Organisationen wie die OSZE und natürlich auch die Vereinten Nationen gründen auf den Prinzipien des Dialogs und der Achtung des Friedens und der Stabilität auf der Grundlage der territorialen Integrität und der Souveränität. Wir sollten den vierzigsten Jahrestag der Schlussakte von Helsinki feierlich begehen, statt ihre Verletzung verurteilen zu müssen. Daher liegt es nun an Russland, durch sein Handeln ein eindeutiges Bekenntnis zu den festgeschriebenen Grundprinzipien und Verpflichtungen abzugeben. Und alle Länder müssen unbedingt auch in Zukunft einig und geschlossen danach streben, das auf Regeln beruhende internationale System zu erhalten.

So sieht es insgesamt betrachtet aus. Wenn man ins Detail geht, zeigt die russische Politik in letzter Zeit eine Tendenz dazu, die Integrität und Relevanz der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa zu untergraben und gleichzeitig – wenig überzeugend – zu versuchen, die Schuld daran anderen zuzuschieben. Es ist nicht lange her, dass Russland seine Teilnahme an der Gemeinsamen Beratungsgruppe „ausgesetzt“ hat. In den letzten Jahren weigerte sich Russland auch, das Wiener Dokument zu modernisieren, was dazu führt, dass diese wertvolle VSBM immer weniger mit der sich weiterentwickelnden europäischen Sicherheit Schritt halten kann. So könnte etwa die große Mehrheit der Teilnehmerstaaten einem zentralen Vorschlag, die Schwellen zu senken, zustimmen. Doch Russland blockt das ab. Das sieht nach dem Versuch aus, erst den derzeitigen Rahmen zu schwächen und dann

andere dazu zu zwingen, ihn zu Moskaus Bedingungen wieder aufzubauen. Da der Verursacher des Vertrauensdefizits Russland heißt, ist es Sache der Russen, zu beweisen, dass sie integer genug sind, um überhaupt ein System zum Funktionieren zu bringen.

Seit etwa einem Jahr hat Russland die Gewohnheit entwickelt, kurzfristig angesetzte Übungen, sogenannte „snap drills“, durchzuführen. Bekanntlich ist das eine Hintertüre im Wiener Dokument für ansonsten anzukündigende Aktivitäten, die ohne vorherige Bekanntgabe an die Truppen durchgeführt werden und höchstens 72 Stunden dauern. Diese Entwicklung legt die Annahme nahe, dass Russland diese Bestimmung immer öfter in Anspruch nimmt, um den Einsatz militärischer Transparenz als vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme zu umgehen. Tatsächlich hat es den Anschein, dass Russland das Fehlen militärischer Transparenz und Berechenbarkeit zum Zwecke der Nötigung und Einschüchterung einsetzt. Wäre es angesichts dessen nicht unter Umständen sinnvoll, sich bei der Modernisierung des Wiener Dokuments gezielt mit dieser Bestimmung zu befassen?

Große Sorge wurde immer wieder über die Dislozierung russischer Streitkräfte entlang der internationalen Grenze zur Ukraine zum Ausdruck gebracht. Statt aus eigenem Antrieb und pflichtbewusst die vorhandenen politisch-militärischen Instrumente zu nutzen, um diese Besorgnis zu zerstreuen, führt Russland ins Treffen, dass es dem Buchstaben der maßgeblichen Vereinbarungen Genüge tut und darüber hinaus zu nichts verpflichtet ist. Wäre es unter den gegebenen Umständen nicht verantwortungsbewusst und konstruktiv, wenn Russland freiwillige Inspektionen zu Lande nach dem Wiener Dokument zuließe? Darin würde ein echtes Bekenntnis zum Einsatz militärischer Transparenz für den Aufbau von Vertrauen und Sicherheit zum Ausdruck kommen. Würde man die Bestimmungen des Wiener Dokuments zur Verminderung der Risiken vollständig und in geeigneter Weise ausschöpfen, würde das denselben Zweck erfüllen. In der Tat sind auch wir der Meinung, dass Lehren gezogen und Verbesserungen vorgenommen werden müssen.

Es wird immer Möglichkeiten geben, zu versuchen, die Absicht von Vereinbarungen wie den unseren zu umgehen. Aber letztlich ist es immer der politische Wille, der wirklich zählt.

Das Vereinigte Königreich misst der kooperativen Sicherheit im OSZE-Raum große Bedeutung bei, und wir werden unsererseits weiterhin tun, was wir können, um sie in ihrer Gesamtheit zu erhalten.

Frau Vorsitzende, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal dieser Sitzung als Anhang beifügen zu lassen.

Danke.

787. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 793, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Frau Vorsitzende,

im Zusammenhang mit der heutigen Erklärung der russischen Delegation über den Status der Autonomen Republik Krim (ARK) möchte die Delegation der Ukraine Folgendes betonen:

Das Völkerrecht verbietet die Aneignung eines Teils oder der Gesamtheit des Hoheitsgebiets eines anderen Staates durch Zwang oder Gewalt. Die Autonome Republik Krim, die nach wie vor fester Bestandteil der Ukraine ist, wurde von der Russischen Föderation unter Verletzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und der Normen des Völkerrechts widerrechtlich besetzt und annektiert. Rechtswidrige Handlungen der Russischen Föderation haben keine wie immer gearteten Rechtsfolgen für den Status der Autonomen Republik Krim als fester Bestandteil der Ukraine. Die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen wird durch das Völkerrecht und die Resolution 68/262 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 27. März 2014 mit dem Titel „Territoriale Unversehrtheit der Ukraine“ geschützt.

Die Russische Föderation verletzt nun so grundlegende Prinzipien aus der Schlussakte von Helsinki wie die souveräne Gleichheit und die Achtung der Souveränität inwohnenden Rechte, die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die territoriale Integrität der Staaten, die friedliche Regelung von Streitfällen, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

Wir fordern die Russische Föderation auf, sich wieder auf die Grundsätze des Völkerrechts zu besinnen und die Annexion der Autonomen Republik Krim rückgängig zu machen.

Die Delegation der Ukraine ersucht um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Danke, Frau Vorsitzende.